

## Beantwortung der Wahlprüfsteine

# DBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen-Anhalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, 13.04.2021

*Als erste Entscheidungshilfe bitte wir Sie, uns drei gute Gründe zu nennen, warum die Bürgerinnen und Bürger am 6.6 Bündnis 90/Die Grünen wählen sollen.*

5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei, die sich konsequent für Klimaschutz, den  
Schutz für zukünftige Generationen und den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzt. Um die  
Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, braucht es vernünftige Politik und konstruktive  
Vorschläge. Es braucht einen Stabilitätsanker auch in der neuen Landesregierung. Verlässlich  
regieren, das ist unser Anspruch. Wir wollen Sachsen-Anhalt digital, klimaneutral und mit einer  
10 handlungsfähigen Öffentlichen Verwaltung zukunftsfit aufstellen.

*Wie will Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren den Öffentlichen Dienst attraktiver, moderner, leistungsfähiger und im bundesweiten Wettbewerb konkurrenzfähiger gestalten, um perspektivisch mehr junge Menschen für Sachsen-Anhalt zu gewinnen?*

15 Das Land als Arbeitgeber muss attraktiv und fürsorgend sein. Wir müssen in der Lage sein, die  
Personalbedarfe des Landes entsprechend der Aufgaben zu decken. Nicht anders herum. Für  
einzelne und besondere Spezialbereiche sind Entlohnungsmöglichkeiten über den Tarifvertrag  
hinaus zu prüfen. Die aktive Teilhabe an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist eine elementare  
Voraussetzung für gute Arbeit und einen attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen-  
Anhalt. Die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes im Land sollen zeit- und inhaltsgleich auf  
20 die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Gute Bezahlung, flexible Laufbahnen und  
mehr Durchlässigkeit machen unseren Öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert. Eine echte  
Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung im Beamt\*innenver-  
hältnis soll umgesetzt werden. Allen Beschäftigten sind Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten  
zu bieten. Wir sehen einen besonders hohen Bedarf für Qualifizierungsmaßnahmen im digi-  
25 talen Bereich.

*Wie wollen Sie mit Ihrer Partei den enormen Nachholbedarf zur Digitalisierung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt abbauen, um mit einer zeitgemäßen und aufgabengerechten technischen Ausstattung flexible Arbeitsmöglichkeiten weiter auszubauen oder gar erst ermöglichen zu können?*

30 Die Digitalisierung der Verwaltung muss im Rahmen der haushälterischen Möglichkeiten Vor-  
rang eingeräumt werden. Dies bezieht sich auf Hardware, Software und die Vermittlung von An-  
wendungskompetenz. Damit einher geht aber auch das Personal im Öffentlichen Dienst zu stär-  
ken, quantitativ und qualitativ. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezah-  
lung, flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit helfen, um den Öffentlichen Dienst an die sich  
wandelnden Aufgaben anzupassen. Dazu soll Digitalisierung Schwerpunkt jeder Verwaltungs-  
35 ausbildung im Öffentlichen Dienst für das Land werden.

*Wie will Bündnis 90/Die Grünen eine angemessene, verfassungskonforme und konkurrenzfähige Besoldung herstellen, die sich im Ländervergleich mindestens im Mittelfeld bewegt. Wie positionieren Sie sich zu Dynamisierung der Sonderzahlung?*

40 Eine verfassungskonforme Besoldung ist von vornherein sicher zu stellen. Diese soll dem Vergleich zu den Nachbarbundesländern Stand halten. Die Tarifabschlüsse des Öffentlichen Dienstes im Land sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Wir setzen auf gute Bezahlung, flexible Laufbahnen und mehr Durchlässigkeit, um den Öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt konkurrenzfähig zu machen.

45 *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens künftiger Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich fest im Koalitionsvertrag verankert wird?*

Ja. Die Tarifabschlüsse des Öffentlichen Dienstes im Land sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

50 *Seit Jahren wird die Schere zwischen den Entgelttabellen des TV-L im Vergleich zu anderen öffentlichen Arbeitgebern immer größer. Was wird Bündnis 90/Die Grünen gegen dieses Ungleichgewicht in der Tarifpolitik tun?*

Wir stehen zum Tarifvertrag der Länder und befürworten die Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen den Tarifparteien. Die Ergebnisse der Verhandlungen sind für uns handlungsleitend und wir ermutigen die Arbeitnehmenden ihre Forderungen zu Gehalt, Arbeitszeitmodellen und weiteren Parametern der Arbeitsgestaltung kraftvoll einzubringen. Bei den Tarifabschlüssen muss die Tarifgemeinschaft der Länder darauf achten, dass sie zu anderen Segmenten des Öffentlichen Dienstes konkurrenzfähig bleibt. Dafür setzen wir uns ein. Gute Bezahlung ist dabei ein wichtiger Part. Wir wollen das Land als Arbeitgeber auch attraktiv halten, in dem wir flexible Laufbahnen und mehr Durchlässigkeit bieten.

60 *Wird es mit Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode ein modernes Gleichstellungsgesetz geben? Worin sehen Sie die Erneuerung und die Modernität dieses Gesetzes?*

Wir wollen das Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz weiterentwickeln. Geschlechtergerechtigkeit heißt für uns, gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit. Auch Qualifizierungs- und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen, gehören dazu. Das Frauenfördergesetz für den Öffentlichen Dienst wollen wir weiterentwickeln. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen konsequent familienfreundlich gestaltet werden. Wir wollen eine unabhängige Landesbeauftragte für Frauen und Gleichstellung, die am Landtag angesiedelt und vom Parlament zu wählen ist, gesetzlich verankern. Wir wollen eine Klagebefugnis für alle Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben einführen. Für alle Gremien des Landes und alle Entsendungen wollen wir geschlechterparitätische Besetzung.

75 *Welche Instrumente halten Sie in Ihrer Partei für besonders geeignet, um den Anteil von Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen, aber auch bei der Wahrnehmung von Gremienmandaten nachhaltig zu erhöhen?*

Für alle Gremien des Landes und alle Entsendungen wollen wir geschlechterparitätische Besetzung. Diese geschlechterparitätische Besetzung soll grundsätzlich verpflichtend sein. Auch alle Führungsebenen des Öffentlichen Dienstes sollen geschlechterparitätisch besetzt werden. In der Landesverwaltung sind entsprechende Förderprogramme zu installieren. Frauen sind in Führungspositionen des Landes Sachsen-Anhalts leider unterrepräsentiert. Wir haben Schwung in die Sache gebracht und die Forderung der Gleichstellung in Aufsichts- und Leitungsgremien bei Beteiligungen des Landes an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts im Koalitionsvertrag verankert. Seitdem ist der Frauenanteil deutlich gestiegen, von 24 Prozent im Jahr 2015 auf 35 Prozent im Jahr 2018. Wir werden dranbleiben, bis die tatsächliche Gleichstellung erreicht sein wird. Denn Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es aber (noch) nicht.